



Wahlen zum Deutschen Bundestag 2021 Erwartungen der BAGFW an die Bundespolitik der 20. Legislaturperiode

Bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligendienste

1. Wir erwarten die Umsetzung von Engagementpolitik als Querschnittspolitik: Mit Bürgerschaftlichem Engagement unsere Demokratie aktiv gestalten.
2. Wir erwarten Förderungen von Engagementinfrastrukturen in allen „Lebenswelten“: Mit Digitalisierung Bürgerschaftliches Engagement aktiv fördern und gestalten.
3. Wir erwarten Freiwilligendienste allen Interessierten zu ermöglichen und zivilgesellschaftlich weiter zu entwickeln: Freiwilligendienste sichern - gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.
4. Wir erwarten gesellschaftliche Vielfalt und Diversität auch im Engagement: Inklusives Engagement für alle Menschen.

(1) Im Kern geht es hier um eine angemessene, verlässliche Finanzierung der Infrastrukturen des Bürgerschaftlichen Engagements (BE) über Projektförderungen und zeitlich begrenzte Programme hinaus sowie um passgenaue Bundesprogramme mit einer dauerhaften Verankerung im Bundeshaushalt.

Bürgerschaftliches Engagement ist der Kern einer aktiven Demokratie. Unser Ziel ist die Ausrichtung der Engagementpolitik als eine Politik zur Stärkung des Gemeinwohls, von Demokratie und sozialem Zusammenhalt.

(2) Um der zunehmenden Digitalisierung aller Lebenswelten gerecht zu werden, muss Digitalisierung auch entsprechend im Engagementbereich ermöglicht werden.

Daher erwarten wir sowohl über die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) als auch über spezielle Förderrichtlinien, kontinuierliche Investitionen in die digitale Ausstattung zu ermöglichen, um vielfäl-

tige Teilhabe der Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Ein erster wichtiger Schritt ist der Ausbau einer digitalen Infrastruktur bis in die Gliederungen der Verbände mit dem Ziel, das Know-how in der Zivilgesellschaft u.a. durch Fort- und Weiterbildung zu erweitern. In der Perspektive muss die Förderung der Digitalisierung des BE integraler Bestandteil bestehender Förderstrukturen werden.

(3) Wir erwarten, dass die Bundesmittel für alle Formen an Inlands- und Auslandsformaten der Freiwilligendienste bedarfsorientiert und mit einer mittelfristigen Sicherung zur Verfügung gestellt werden. Das BMFSFJ-Konzept des Jugendfreiwilligenjahres muss umgesetzt werden. Im Sinne der Subsidiarität muss die Verpflichtung der Durchführung der Seminare zur politischen Bildung in den Bildungszentren des Bundes aufgehoben werden.

In der Pandemie haben die Freiwilligendienste erneut unter Beweis gestellt, wie wertvoll sie für den gesellschaftlichen Zusammenhalt sind. Um die positive Wirkung der Freiwilligendienste für das Gemeinwohl zu erhalten und zu erweitern, müssen Freiwillige, Einsatzstel-

len, Träger und Zentralstellen Rahmenbedingungen vorfinden, die Bewährtes stärken und gleichzeitig den Raum geben, um Neues zu entwickeln.

- (4) Wir erwarten bessere und passgenauere Informationen für die Ansprache der unterschiedlichen Zielgruppen, die Schaffung von Zugängen und den Abbau von Zugangshindernissen. Stigmatisierende Förderlogiken – wie aktuell in den Freiwilligendiensten – sind nachhaltig abzubauen. Allen Freiwilligen muss der Zugang zum bürgerschaftlichen Engagement ermöglicht werden. In diesem Sinne ist § 78 Absatz 5 SGB IX dahingehend zu verändern, dass Leistungsberechtigte Personen auch Assistenzen für ehrenamtliche Tätigkeiten und zur Ausübung von Engagement erhalten. Eine vorrangige Erbringung solcher Leistungen durch das nachbarschaftliche und familiäre Umfeld ist praxisfern. Unterstützungsleistungen zur Ausübung von Engagement müssen im Rahmen der Teilhabeleistung anerkannt und ohne aufwendigen Legitimationsdruck für den Leistungsberechtigten entsprechend finanziert werden. Die Einbindung unterschiedlichster Zielgruppen (Vielfalt und Diversität) in Formen des Bürgerschaftlichen Engagements muss von der Politik gewollt und aktiv gefördert werden.